

Zeil, Martin

**Article**

## Ist die Marktwirtschaft noch sozial?

ifo Schnelldienst

**Provided in Cooperation with:**

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Zeil, Martin (2014) : Ist die Marktwirtschaft noch sozial?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 67, Iss. 05, pp. 26-34

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165399>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Martin Zeil  
Staatsminister a.D.

## I.

Glaubt man jüngsten Umfragen, so haben nur noch weniger als die Hälfte der Bundesbürger eine gute Meinung von der Sozialen Marktwirtschaft, auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 waren es sogar bisweilen nur noch ein Drittel. Das Wort »Neoliberalismus« ist zum negativen Kampfbegriff in der politischen Auseinandersetzung geworden und wird dabei mit sozialer Kälte und schrankenlosem Kapitalismus gleichgesetzt. Unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaftsordnung werden von vielen als »zu wenig gerecht«, als »nicht mehr sozial« empfunden.

Um die mir als Vortragsthema gestellte Frage »Ist die Marktwirtschaft noch sozial?« beantworten zu können, ist es unabweichlich, ein wenig in die geschichtlichen und wissenschaftlichen Grundlagen des Begriffs »Soziale Marktwirtschaft« zu gehen.

## Woher kommt die Soziale Marktwirtschaft, wie ist sie entstanden, und was bedeutet sie?

Als Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland gilt allgemein die von Ludwig Erhard in seiner damaligen Funktion als Direktor der Wirtschaftsverwaltung in der Westzone am 20. Juni 1948 gegen erhebliche Widerstände von allen Seiten bekannt gegebene Wirtschafts- und Währungsreform. Wesentliche Bestandteile waren die Einführung der D-Mark und die damit verbundene Aufhebung der staatlichen Preisbindung und die Abschaffung der staatlichen Bewirtschaftung.

Bezeichnung und Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft gehen im Wesentlichen auf Alfred Müller-Armack, einen engen Mitarbeiter Erhards, zurück, der den Begriff zum ersten Mal 1947 in seinem Buch »Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft« verwendet hat. Müller-Armack sah die Soziale Marktwirtschaft als gesell-

schafts- und wirtschaftspolitisches Leitbild mit dem Ziel, »auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die wirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden.« Er wollte damit der neuen, zukünftigen Wirtschaftsordnung des vom Krieg zerstörten Deutschlands einen innovativen Namen geben und dabei ausdrücklich einen »dritten Weg« zwischen schrankenlosem Kapitalismus und staatlicher Planwirtschaft beschreiten.

Erhard und Müller-Armack griffen bei ihrer Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft auf wissenschaftliche Grundlagen zurück, die seit den 1930er Jahren unter den Begriffen »Neoliberalismus« und »Ordoliberalismus« entwickelt wurden, in die aber auch die Prinzipien der Katholischen Soziallehre und der Evangelischen Sozialethik eingeflossen sind. Herausragende Vertreter dieser Denkrichtungen, die natürlich auch stark von dem seinerzeit in Europa vorherrschenden Dualismus von Kommunismus und den totalitären Regimen in Deutschland und Italien geprägt waren, sind als Vertreter der »Freiburger Schule« Walter Eucken, Franz Böhm, Constantin von Dietze und Adolf Lampe, sowie als Vertreter der »Österreichischen Schule« Friedrich August von Hayek. Hervorzuheben sind auch Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke als führende Vertreter des Neoliberalismus, welche ihre Konzeptionen für eine humane Wirtschaftsordnung als entschiedene Gegner des Nationalsozialismus im Exil entwickelten. Ein direkter Bezug zwischen dem Protestantismus und dem Neoliberalismus ergibt sich aus dem 1942/43 erstellten Memorandum unter dem Titel »Vorschläge für programmatische Grundlinien der Wirtschafts- und Sozialordnung«, welches von Eucken und Böhm unter Mitarbeit von Mitgliedern der Bekennenden Kirche wie Helmut Thielecke und Dietrich Bonhoeffer erstellt wurde. Es stellt deshalb einen besonders krassen Fall von Geschichtsklitterung dar, wenn gerade auch kirchliche Kreise heutzutage in die Schmähung des Neoliberalismus einstimmen. Wer das tut, verkennt nicht nur, dass der Neoliberalismus die Wiege der Sozi-

\* Vortrag in der Veranstaltungsreihe der Evangelischen Kirchengemeinde Immanuel-Nazareth in München, 19. Februar 2014.

alen Marktwirtschaft ist, er verleugnet darüber hinaus ihre christlichen Wurzeln.

In seiner eindrucksvollen Rede zum 60. Geburtstag des Walter-Eucken-Instituts in Freiburg vor wenigen Wochen hat Bundespräsident Gauck diese Mode, den Begriff »Neoliberalismus« so negativ zu besetzen, als »merkwürdig« bezeichnet. Die auf dem Neoliberalismus fußende Soziale Marktwirtschaft ist, so Gauck, eine Ordnung, die »auf die Freiheit des Menschen ausgerichtet« sei.

Bei allen Unterschieden im Detail und bei aller gebotenen Differenzierung der einzelnen Denkschulen sind allen Vertretern des Neo- oder Ordoliberalismus folgende Grundgedanken gemeinsam: Eine marktwirtschaftliche Ordnung mit funktionierendem Wettbewerb bietet die beste Garantie für eine freiheitssichernde Wirtschaftsverfassung. Der Neoliberalismus ist ein Modell des Ausgleichs zwischen der Staatswirtschaft sozialistischer Prägung auf der einen Seite und schrankenlosem Kapitalismus auf der anderen Seite. Als freiheitliche, marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung mit privatem Eigentum strebt der Neoliberalismus freie Preisbildung, Wettbewerbs- und Gewerbefreiheit an. Innerhalb dieses Konzepts werden staatliche Eingriffe in die Wirtschaft keineswegs ganz abgelehnt, sondern auf das notwendige Minimum beschränkt. Sie sind dann gerechtfertigt und notwendig, wenn sie z.B. Informationsasymmetrien beheben, das Marktgeschehen fördern, die Bildung von Monopolen oder Kartellen verhindern und so für mehr Wettbewerb sorgen.

Die daraus entwickelte Idee der Sozialen Marktwirtschaft beruht auf der Verbindung des Prinzips der Freiheit auf dem Markt und des Wettbewerbs mit dem des sozialen Ausgleichs. Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und Wettbewerb sind dabei die zentralen Faktoren.

Aufgabe des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft ist es demnach, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die Investitionen, unternehmerischen Initiativen und international konkurrenzfähige Innovationen fördern. Schon Ludwig Erhard betrachtete die Marktwirtschaft als sozial, weil sie zugleich die Grundlage für einen breiten wirtschaftlichen Wohlstand schafft und somit erst die finanziellen Mittel für die sozialen Leistungen erwirtschaftet. Aber er warnte zugleich vor einer beliebigen Ausdehnung der Staats-tätigkeit und mahnte, der Staat müsse sich auf seine Kernaufgaben beschränken. Dazu passend hat er sein Menschenbild innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft so beschrieben:

*»Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge Du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.«*

Schon früh ist deutlich geworden, dass es sich bei der Sozialen Marktwirtschaft um weit mehr handelt als um eine bestimmte Wirtschaftsordnung oder Wirtschaftsverfassung. Aufgrund ihrer geistigen Grundlagen und ihrer Entstehungsgeschichte wurde sie sehr schnell zu einem »freiheitlichen Ordnungssystem mit sozialer Prägung«, wie es im Bericht der Kommission »Zukunft Soziale Marktwirtschaft«, welche die Bayerische Staatsregierung 2009 eingesetzt hatte und in der so unterschiedliche Temperamente und Experten wie Prof. Hans-Werner Sinn und Kardinal Reinhard Marx mitgewirkt haben, zutreffend heißt. Dabei ging es den Vordenkern der Sozialen Marktwirtschaft von Anfang an auch um eine wertgebundene Ordnung mit ethischen Maßstäben. Wilhelm Röpke hat dies in seinem Buch »Jenseits von Angebot und Nachfrage« wie folgt formuliert:

*»Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Fairness, Gemeinsinn, Achtung vor der Menschenwürde des anderen sind Dinge, die die Menschen bereits mitbringen müssen, wenn sie auf den Markt gehen und sich im Wettbewerb miteinander messen.«*

Es ging und geht letztlich um die Frage, welche Wirtschaftsordnung der Konzeption des freiheitlichen Rechtsstaats des Grundgesetzes (GG), und damit auch dem Menschenbild unserer Verfassung am besten entspricht. Das Grundgesetz selbst hat diese Frage ja bekanntlich offen gelassen, zumal die damaligen politischen Kräfte in dieser Frage noch völlig uneins waren, es waren die Zeiten, als zum Beispiel in der Union noch über einen »christlichen Sozialismus« diskutiert wurde. So heißt es in Art. 20 Absatz 1 GG lediglich: »Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.« Ein Hinweis auf eine bestimmte Wirtschaftsordnung fehlt.

Das hat sich erst im Zuge der Wiedervereinigung geändert, als in dem Vertrag über die »Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion« zwischen den beiden deutschen Staaten vom 18. Mai 1990 erstmals die »Soziale Marktwirtschaft« offiziell als »gemeinsame Wirtschaftsordnung« des vereinten Deutschlands festgelegt und damit gleichsam in Verfassungsrang erhoben wurde. Auch auf europäischer Ebene hat der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft durch den Vertrag von Lissabon 2009 Eingang in Art. 3 des EU-Vertrages gefunden, wo nunmehr von einer »in hohem Maße wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft« die Rede ist, welche »auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt«.

Auch die Kirchen haben sich immer wieder mit dem Begriff und der Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft beschäftigt, wobei auch hier gewisse zeitgeistige Wendungen unverkennbar sind. In der evangelischen Denkschrift »Gemeinwohl und Eigennutz« aus dem Jahre 1991 heißt es:

*»Christen können dem Weg der sozialen Marktwirtschaft grundsätzlich zustimmen, weil er zu der von ihrem Glauben*

*gewiesenen Richtung des Tuns nicht in Widerspruch tritt, vielmehr Chancen eröffnet, den Impulsen der Nächstenliebe und der Gerechtigkeit zu folgen.«*

Wenig später folgte das Gemeinsame Wirtschafts- und Sozialwort beider Kirchen, in dem es zusammenfassend heißt:

*»Die Kirchen sehen im Konzept der sozialen Marktwirtschaft weiterhin den geeigneten Rahmen für eine zukunfts-fähige Wirtschafts- und Sozialpolitik.«*

Auch die katholische Kirche hat sich in ihrer kirchlichen Sozialverkündigung mit dem Gleichgewicht von Freiheit und sozialer Sicherheit beschäftigt. Papst Johannes Paul II. hat ebenfalls im Jahr 1991 in der Enzyklika »Centesimus annus« auf dieses Zusammenspiel hingewiesen:

*»Der Wohlfahrtsstaat, der direkt eingreift und die Gesellschaft ihrer Verantwortung beraubt, löst den Verlust menschlicher Energie und das Aufblähen des Staatsapparates aus, die mehr von bürokratischer Logik als von dem Bemühen beherrscht werden, den Empfängern zu dienen.«*

Hier wird also auch seitens der Kirchen eindeutig vor der Untergrabung der Freiheit und dem Entzug der eigenen Verantwortung durch ein übermäßiges Versorgungsangebot gewarnt.

Wenige Jahre später, im Jahr 1997, hat sich der Rat der evangelischen Kirche in Deutschland in einem gemeinsamen Wort auch eindeutig zum Unternehmertum bekannt:

*»Unternehmer, die sich mit ihrem Kapitaleinsatz und ihrer Entscheidungsfreudigkeit den Risiken des Wettbewerbs aussetzen und dabei Arbeitsplätze und Güter schaffen, verdienen auch unter ethischen Gesichtspunkten hohe Anerkennung.«*

Anderthalb Jahrzehnte und einige Wirtschaftskrisen später klingt dies im Wort der Synode der evangelischen Landeskirche »Lernen aus der Krise« vom November 2010 nicht mehr ganz so eindeutig. So findet sich darin zwar nach wie vor ein allgemeines Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft, doch überwiegen im praktischen Teil zahlreiche Forderungen nach staatlichen Eingriffen und staatlicher Umverteilung, die mit deren Prinzipien nicht ohne weiteres in Einklang zu bringen sind, so etwa die Forderung nach Einführung mittelstands- und leistungsfeindlicher Steuern und nach einem neuen schillernden Wachstumsbegriff.

### Soziale Marktwirtschaft als Erfolgsgeschichte

Der Durchbruch des Begriffs »Soziale Marktwirtschaft« auf nationaler und europäischer Ebene ist auch darauf zurück-

zuführen, dass die Erhardschen Reformen eine einmalige Erfolgsstory in der deutschen Geschichte ausgelöst haben. Bei allen Rückschlägen, bei allen Irrungen und Wirrungen, die auch im Handeln von Regierungen und Unternehmen in den letzten 65 Jahren zu kritisieren sind, trotz der großen Herausforderungen im Zuge der Wiedervereinigung und der Finanzmarktkrise muss man, gerade auch im europäischen und internationalen Vergleich, feststellen: Deutschland ist heute eines der Länder mit dem höchsten Wohlstand, der höchsten Lebensqualität, den höchsten Sozialstandards und der geringsten Armutsquote auf der ganzen Welt. Damit soll in keiner Weise beschönigt werden, dass es auch bei uns nach wie vor Armut und Not gibt. Wenn es aber um die Frage geht, wie diesen Entwicklungen zu begegnen ist, welches die richtigen Rezepte sind, um unsere Gesellschaft immer ein Stück gerechter und sozialer zu machen, kommt es eben entscheidend darauf an, welche Wirtschaftsordnung dazu am besten in der Lage ist.

Und hier sollen drei Zahlen den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft verdeutlichen:

1. Das BIP pro Kopf (also die Wirtschaftsleistung) betrug in jetzigen Preisen gerechnet 1950 5 150 Euro, 2008 waren es knapp 30 000 Euro je Einwohner.

Dahinter steht natürlich auch der enorme Erfolg deutscher Produkte im Außenhandel. Als Exportweltmeister in vielen Jahren konnte Deutschland seine Spitzenstellung auch gegenüber Ländern mit einer wesentlich höheren Einwohnerzahl erfolgreich behaupten.

2. Die Löhne und die Kaufkraft sind enorm gestiegen, so betrug der durchschnittliche Bruttostundenlohn im Jahre 2008 das 24-fache des Bruttolohns aus dem Jahr 1950. Musste ein Arbeitnehmer Ende der 1940er Jahre noch eine Stunde und 13 Minuten für ein halbes Pfund Butter oder gar 20 Stunden für 500 gr Kaffee schuften, so genügen aktuell etwa fünf bzw. 20 Minuten.

3. Generell hat die Soziale Marktwirtschaft in Verbindung mit dem medizinischen Fortschritt dazu geführt, dass die Menschen auch mehr Zeit zum Leben haben. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist bei Männern seit 1950 von 64,6 auf heute über 77 Jahre und bei Frauen von 68,5 auf heute über 82 Jahre gestiegen, die Wochenarbeitszeit von 48,2 auf heute ca. 38 Stunden gesunken, und der Jahresurlaub hat sich von zwölf Tagen auf knapp 31 Tage erhöht.

Auch bei der Einkommens- und Vermögensverteilung, der Verteilung von steuerlichen Lasten und hinsichtlich der Wirtschaftsstruktur steht Deutschland heute im internationalen Vergleich besser da als nahezu alle anderen Länder auf der Welt. Die Binnendiskussion innerhalb Deutschlands, z.B. über die Feststellungen des zuletzt im März 2013 vor-

gelegten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung lenkt bisweilen von diesem Befund ab. Dabei soll ja gar nicht verniedlicht werden, dass nach den amtlichen Zahlen zum Beispiel:

- die jährlichen Bruttodurchschnittseinkommen bis 2005 leicht gesunken sind und der Anteil der Niedriglöhne im selben Zeitraum leicht gestiegen ist.
- der Anteil am Gesamteinkommen, das von den 20% der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen erreicht wurde, leicht gesunken, und der Anteil am Gesamteinkommen, das von den oberen 10% der Einkommensbezieher erreicht wurde, leicht gestiegen ist.
- bei den Privatvermögen 50% der Haushalte in der unteren Hälfte nur über gut 1% des gesamten Nettovermögens verfügen, während die vermögensstärksten 10% der Haushalte über die Hälfte des gesamten Nettovermögens auf sich vereinen.

Aber was sagt das über die Frage aus, ob Deutschland ein »sozialer Staat« im Sinne von Art. 20 GG ist und die Marktwirtschaft (noch) sozial ist?

Zunächst einmal muss an dieser Stelle mit einem Missverständnis darüber aufgeräumt werden, was die Soziale Marktwirtschaft ist und was sie zu leisten vermag. Sie ist als »dritter Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus gerade keine sozial verbrämte Umverteilungsmaschinerie, die dem alten Traum der Linken von der ökonomischen Gleichheit der Menschen eine moderne Gestalt gibt. Ich erinnere nochmals an das bereits weiter oben angeführte Menschenbild, das der Sozialen Marktwirtschaft zugrunde liegt, und welches Ludwig Erhard in seinem Buch »Wohlstand für alle« so formuliert hat:

*»Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du, Staat dafür, dass ich dazu in der Lage bin.«*

Hier wird der entscheidende Unterschied zu dem allumsorgenden Wohlfahrtsstaat deutlich, der die Einkommensverwendung so stark sozialisiert, bis die Kollektivierung der Lebensplanung und die Abhängigkeit von Transferleistungen aus dem mündigen Bürger den »sozialen Untertan« macht, wie es Erhard formulierte.

Am Ende dieser Entwicklung, so Erhard, stehe nicht nur der allmächtige Staat, sondern die Lähmung des wirtschaftlichen Fortschritts in Freiheit. Im Zusammenhang mit der Einführung der »dynamischen Rente«, dem berühmten Generationenvertrag von 1957, dem Erhard von Anfang an skeptisch gegenüberstand (wie wir heute wissen, zu Recht), hat Erhard sein Verständnis vom sozialen Staat wie folgt formuliert:

*»Soziale Sicherung ist nicht gleichbedeutend mit Sozialversicherung für alle. Am Anfang muss die eigene Verantwortung stehen, und erst dort, wo diese nicht ausreicht oder versagen muss, setzt die Verpflichtung des Staates und der Gemeinschaft ein.«<sup>1</sup>*

Auch die Kirchen haben sich immer wieder an der Debatte um den »Sozialbegriff« beteiligt. Das Thesenpapier der Deutschen Bischofskonferenz »Das Soziale neu denken« aus dem Jahr 2003 hat zum Beispiel auch die Diskussion um die »Agenda 2010« befördert.

Die Soziale Marktwirtschaft geht also – hier durchaus in Anlehnung an ihre christlichen Wurzeln – von einem Menschenbild aus, welches dem selbst bestimmten, mündigen Bürger entspricht, der sein Schicksal selbst in die Hand nimmt. »Jeder ist seines Glückes Schmied,« das heißt also »Hilfe zur Selbsthilfe« statt staatlicher Alimentierung in allen Lebenslagen. Die Vorstellung von Sozialpolitik fußt auf der Erkenntnis, dass die Menschen eben nicht gleich, sondern im positiven Sinne verschieden sind, mit all ihren vielfältigen Begabungen, Anlagen und Lebensentwürfen. Es geht also um Chancengerechtigkeit am Start des Lebens, nicht um Gleichmacherei mit der Folge der unmündigen Abhängigkeit des sozialen Untertans.

Legt man diese Auslegung des »Sozialen« in der Marktwirtschaft zugrunde, so steht Deutschland hervorragend da:

- Der allgemeine Wohlstand hat sich – bei aller Differenzierung über seine Verteilung – bis heute stark vermehrt. Noch nie gab es in allen Bevölkerungsschichten so viele Eigentümer, was gerade übrigens das Eigentum an den eigenen »vier Wänden« angeht. Hier nimmt Deutschland einen weltweiten Spitzenplatz ein.
- 2013 war das Jahr, in dem in Deutschland so viele Menschen sozial versicherungspflichtig beschäftigt waren wie noch nie in der deutschen Geschichte, allein bei uns in Bayern fast 5 Millionen, eine Steigerung von fast 500 000 innerhalb von fünf Jahren.
- Die Arbeitslosigkeit steht auf einem absoluten Tiefstand, in weiten Teilen, vor allem hier bei uns in Bayern, herrscht Vollbeschäftigung. Vor allem die Jugendarbeitslosigkeit ist so niedrig wie in keinem anderen Land Europas. Und dies in einer Zeit, in der einige Länder Südeuropas eine Jugendarbeitslosigkeit zwischen 30% und 60% aufweisen und man dort schon einer »verlorenen Generation« spricht.
- Dabei zeigt sich auch bei einer näheren Analyse, dass einige Trends, die vor wenigen Jahren noch Sorge gemacht haben, in die positive Richtung weisen:
  - Die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen, also der 55- bis 64-Jährigen, steigt seit Jahren deutlich an.

<sup>1</sup> Dieses Zitat habe ich dem sehr lesenswerten Buch einer der ersten Mitarbeiterinnen Ludwig Erhards, Luise Gräfin Schlippenbach, unter dem Titel »Im Wandel stets dabei« entnommen.

- Die Zahl der Langzeitarbeitslosen hat sich seit 2005 fast halbiert.
- Die Zahl der sog. »Minijobber« stagniert. Sie betrug 2012 etwa 11% aller Erwerbstätigen, wobei 40% aller Minijobber Schüler, Studenten und Rentner waren.
- Der Anteil der Zeit- bzw. Leiharbeiter liegt bei 2% aller Erwerbstätigen, Tendenz sinkend. Viele Leiharbeiter werden in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen.
- In Deutschland leben derzeit etwa insgesamt 1,3 Millionen Menschen, die zusätzlich zu ihrem Lohn auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind. Das sind etwa 3% aller Erwerbstätigen. Schaut man bei den sogenannten »Aufstockern« noch genauer hin, so ist eines besonders erfreulich: Die Anzahl der Aufstocker, die vollzeitbeschäftigt sind, ist in den letzten beiden Jahren stark gesunken, nämlich um 113 000 auf derzeit 218 000. Das sind weniger als 0,5% aller Erwerbstätigen. Für Bayern sind die Zahlen im Ländervergleich nochmals wesentlich günstiger.

Diese wenigen Zahlen mögen an dieser Stelle genügen. Was damit gesagt werden soll, ist dies: Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft funktionieren im Großen und Ganzen gerade in einem Bereich, der existentiell für die Menschen ist, auf dem Arbeitsmarkt. Bei allen notwendigen Diskussionen im Detail, über weiteren Flexibilisierungsbedarf, über Arbeitsbedingungen, über die Höhe von Löhnen, über Altersarmut und befristete Verträge, ist eines festzustellen:

Gerade bei der Beschäftigung wird deutlich, was Ludwig Erhard meinte, als er in seinem Buch »Wohlstand für alle« sagt:

*»Das berechtigte Verlangen, dem Individuum größere Sicherheit zu geben, kann m.E. nur dadurch erfüllt werden, dass wir über eine Mehrung des allgemeinen Wohlstandes jedem einzelnen das Gefühl seiner menschlichen Würde (...) vermitteln.«*

Es ist und bleibt die wichtigste Aufgabe der Politik, und es ist auch die zentrale Aufgabe jeglicher Wirtschaftsordnung, daran mitzuwirken und den Rahmen dafür zu setzen, dass die Menschen Arbeit haben, und damit Selbstwertgefühl und Würde.

Dabei muss sich die Politik hüten, von den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft abzuweichen, zum Beispiel dadurch, dass sie sich in die Festsetzung von Löhnen und Gehältern einmischt. Wie die vorgenannten Zahlen belegen, würde ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn, wie er ab und zu auch von kirchlichen Kreisen gefordert wird, kein einziges Problem lösen, aber viele neue schaffen, wie dies ja auch die aktuelle Debatte innerhalb der neuen Bundesregierung zeigt.

Ist er zu hoch, vernichtet er Arbeitsplätze, ist er zu niedrig, braucht man ihn nicht. Das belegen im Übrigen auch die Erfahrungen in den europäischen Ländern wie Griechenland, Spanien und Frankreich, in denen es zwar gesetzliche Mindestlöhne gibt, aber zu wenige Arbeitsplätze. Vor Einführung der Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 galt Deutschland als »kranker Mann« Europas. Heute ist Deutschland nicht nur wegen dieser Reformen, aber eben auch deswegen die Wachstums- und Wohlstandslokomotive innerhalb Europas und mitverantwortlich für das immerhin zarte Wachstum der EU. Die Lohnfindung ist in einer Sozialen Marktwirtschaft ausschließlich Sache der Tarifvertragsparteien.

In Anlehnung an Ludwig Erhard muss auch darauf hingewiesen werden, dass sich die Frage des »Sozialen« innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft weder an der Anzahl noch der Höhe der staatlichen Transferleistungen bemisst. Dass derjenige, der arbeiten kann, seinen Lebensunterhalt ganz oder zumindest teilweise selbst bestreitet, ist auch eine Frage seiner Würde. Zumal die Mittel aus dem sozialen Ausgleich dann für diejenigen in der Gesellschaft zur Verfügung stehen, die nicht arbeiten und sich eben nicht selbst helfen können. Den Hartz-IV-Reformen lag im Übrigen der Gedanke einer aktivierenden Sozialhilfe zugrunde, d.h. also Anreize dafür zu schaffen, dass es attraktiver ist zu arbeiten, wenn man kann, als nicht zu arbeiten (→ Prinzip »Fördern und Fordern«). Es geht also letztlich darum, ob man durch falsche Weichenstellungen, wie z.B. gesetzliche Mindestlöhne oder andere Eingriffe in den Niedriglohnsektor, die betroffenen Menschen in die 100%ige Alimentierung des Staates treibt, denn das wäre in den meisten Fällen die zwangsläufige Folge, oder ob man ihren Weg in eine auskömmliche Vollzeitbeschäftigung finanziell unterstützt. Sozialer Untertan des all umsorgenden Wohlfahrtsstaats oder selbst bestimmter Bürger in der Sozialen Marktwirtschaft – das sind hier die wahren Alternativen. Und dass dieser Weg nach marktwirtschaftlichen Prinzipien auch funktioniert, zeigen zwei Entwicklungen:

- In den letzten Jahren haben rund 25% der Beschäftigten in dem Niedriglohnbereich, das sind Arbeitnehmer mit einem Stundenlohn unter 9,15 Euro, innerhalb eines Jahres den Aufstieg in eine höher entlohnte Beschäftigung geschafft
- Rund zwei Drittel der bereits erwähnten vollzeitbeschäftigten Aufstocker schaffen spätestens nach einem Jahr den Ausstieg aus dem sogenannten »Fürsorgebezug«.

Das bedeutet: Die Soziale Marktwirtschaft funktioniert, man muss die Menschen nur vor zu vielen gut gemeinten, aber schlecht wirkenden Eingriffen schützen. Das gilt insbesondere auch bei der Rettung von Unternehmen, die in finanzielle oder unternehmerische Schwierigkeiten geraten. Hier ist die Politik, gerade auch in den letzten fünf Jahren immer

wieder in Versuchung gewesen, einem vermeintlich »sozialen Helfersyndrom« folgend einzugreifen und selbst Unternehmer zu spielen. Dem liegt ein völlig falsches Verständnis von der Rollenverteilung zwischen Staat und Wirtschaft in der Sozialen Marktwirtschaft zugrunde. Der Staat darf dabei, so der Fußballfachverständige Ludwig Erhard, nur Schiedsrichter sein, aber selbst nicht mitspielen. Und so erwächst aus der zerstörerischen Wirkung des Marktes auch zukunftsfähiges Neues. Veraltete Strukturen und Geschäftsmodelle gehen unter, um neuen, wettbewerbsfähigen Produkten Platz zu machen. Rettet die Politik ein Unternehmen, obwohl dessen Produkte nicht mehr marktfähig sind, so verzerrt sie den Wettbewerb, das Kernstück der Sozialen Marktwirtschaft, indem sie sich unternehmerische Entscheidungen anmaßt und dafür auch noch Steuergeld in die Hand nimmt.

Wäre zum Beispiel die Rettung von Schlecker, wäre die staatliche Finanzierung einer Transfergesellschaft »sozialer« gewesen als die Übernahme der Beschäftigten in die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit?

Es gehört wahrlich zu den schwersten Entscheidungen, die man als Politiker treffen muss, in einem solchen Fall »nein« zu sagen, obwohl das Herz gerne »ja« sagen würde. Es gibt aber drei Argumente, die das »Nein« begründen:

- Dem Niedergang eines Unternehmens wie z.B. Schlecker liegen oftmals jahrelange Managementfehler und auch finanzielle Machenschaften der Gesellschafter zugrunde. Wer hier staatliche Mittel einsetzt, entlässt gerade diejenigen aus ihrer Verantwortung, die eigentlich haften sollten.
- Es gibt in der Sozialen Marktwirtschaft keine Insolvenz »erster« oder »zweiter« Klasse. Die Politik darf hier schon aus Gründen der Gleichbehandlung nicht nach dem Grundsatz handeln: »Sind 1000 Arbeitnehmer betroffen, sind wir mit Steuergeld zur Stelle, bei zehn mal 100 Arbeitnehmern in mittelständischen Betrieben halten wir uns 'raus«.
- Staatlich finanzierte Transfergesellschaften führen zum Verlust von Abfindungsansprüchen der Arbeitnehmer, sie wiegen die Arbeitnehmer auch oft in trügerischer Sicherheit, weil sie den Eintritt der Arbeitslosigkeit nur zeitlich hinausschieben.

Es gab in diesem Fall, wie übrigens in vielen anderen ähnlich gelagerten Fällen, daher nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft nur die Entscheidung, kein Geld der Steuerzahler bereitzustellen und den vielen, zum Teil sehr gut ausgebildeten ArbeitnehmerInnen die Chancen auf einem exzellenten Arbeitsmarkt zu eröffnen. Anders kann und darf der Staat nur handeln, wenn es gilt, in zukunftsfähige Geschäftsmodelle zu investieren, weil ein Investor vorhanden ist, oder wenn, wie auf dem Höhepunkt der Finanzmarktkri-

se, kerngesunde Betriebe unverschuldet in finanzielle Engpässe zu geraten drohten. Nach diesen klaren ordnungspolitischen Prinzipien hat die bayerische Wirtschaftspolitik in den letzten fünf Jahren gehandelt, und wir waren damit, wie man sieht, höchst erfolgreich.

## II.

Noch einige Beispiele dafür, wo wir die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft künftig wieder stärker beachten müssen, um wirklich erfolgreich zu sein.

1. Beim schwierigen Thema »Altersversorgung« steht Deutschland im internationalen Vergleich nicht schlecht da, allerdings könnten wir noch viel besser dastehen, wenn man die notwendigen Reformen rechtzeitig eingeleitet und von zu vielen systemwidrigen Eingriffen abgesehen hätte. Auch hier kann man dem Buch von Gräfin Schlippenbach die großen Bedenken der handelnden Personen bei der Einführung der umlagefinanzierten Rente 1957 entnehmen, die in dem klassischen Wort Konrad Adenauers zu Ausdruck kommen:

*»Tja, meine Herren, das ist ja alles ganz schön, solange es bergauf geht, was aber ist, wenn es bergab geht.«*

Hier hat die deutsche Politik viel zu spät auf die demographische Entwicklung reagiert und unterliegt bis heute der verhängnisvollen Versuchung, den Beitragszahlern immer mehr versicherungsfremde Leistungen aufzubürden, die eigentlich durch die Allgemeinheit der Steuerzahler aufzubringen wären. Der Einstieg in die Kapitaldeckung ist ebenso unausweichlich wie flexiblere Formen des Renteneintritts, welche Rücksicht auf neue Erwerbsbiographien und die Möglichkeit von Lebensarbeitszeitkonten nehmen. Weder die starren Regelungen der Rente mit 67 noch die jüngsten Beschlüsse der neuen Bundesregierung sind geeignet, unser Rentensystem dauerhaft zukunftssicher zu machen. Schlimmer noch: Um schön klingende Versprechen wie »Lebensleistungs- oder Mütterrente« zu finanzieren, werden den Beitragszahlern nicht nur ihnen bereits zugesagte Beitragssenkungen genommen, sondern den kommenden Generationen auch noch weitere Belastungen aufgebürdet. Mit dem Gedanken der Beitragsgerechtigkeit und der Generationengerechtigkeit hat das gar nichts mehr zu tun.

2. Das deutsche Steuersystem ist wohl das schlimmste Beispiel dafür, was passiert, wenn die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft dauerhaft missachtet werden. Zu Beginn bestand hier durchaus noch Übereinstimmung, denn der soziale Ausgleich sollte nach den Vorstellungen von Rüstow und Röpke durchaus über ein progressives Steuersystem – »Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit« – erfolgen. Und betrachtet man den Ist-Zustand, dann führt das bestehen-

de Einkommensteuersystem ja auch zu einer erheblichen Umverteilung. Die oberen 20% der Steuerpflichtigen an der Spitze der Einkünftepyramide erwirtschaften derzeit 70% des Gesamtaufkommens. Bei den oberen 5% sind es immerhin schon über 40%. Blickt man hingegen auf den unteren Teil der Einkünftepyramide, so zeigt sich, dass bereits ein Drittel der Personen mit dem niedrigsten Markteinkommen durchschnittlich 900 Euro mehr vom Staat an Transferleistungen erhalten, als sie an Steuern und Abgaben bezahlen.

Die in weiten Kreisen der Bevölkerung, auch in manchen Kirchenkreisen vorherrschende Auffassung, das Steuersystem benachteilige die geringeren Einkommen und bevorzuge die sogenannten Reichen, wie sie leider auch in dem schon zitierten Wort der Landeskirche »Lernen aus der Krise« zum Ausdruck kommt, hat mit der Realität wenig zu tun.

Vielmehr leidet das Steuersystem seit Jahrzehnten vor allem unter dem verhängnisvollen Hang der Politik, unter Verstoß gegen alle Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft mit der Steuerpolitik Ziele der Einzelfallgerechtigkeit und der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Steuerung zu verfolgen. Dies hat zu einer textlichen und inhaltlichen Ausuferung des deutschen Steuerrechts geführt, die weltweit einmalig ist. Es spricht Bände, dass einzelne Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes, namentlich der berühmt-berühmte § 2a EStG, betreffend die sog. »Negativen Einkünfte mit Bezug zu Drittstaaten«, durch die anhaltende Kunst des Gesetzgebers so kompliziert geworden sind, dass selbst international anerkannte Professoren des Steuerrechts an ihrer verbindlichen Auslegung gescheitert sind. Alle Versuche, hier im System selbst zu Reformen zu kommen, haben zwar zur einen oder anderen Vereinfachung geführt, aber zu keiner durchgreifenden Änderung. Mein Vorschlag wäre hier in zwei Stufen vorzugehen:

- Umgehende Beseitigung der sog. »Kalten Progression«, weil sie eindeutig leistungsfeindlich ist und vor allem untere und mittlere Einkommen unverhältnismäßig belastet. Es ist ein Armutszeugnis, dass die neue Bundesregierung hier nichts unternimmt, obwohl die Mittel dafür im Haushalt bereit stehen.
- Einführung eines Bundessteuergesetzbuchs nach dem Vorschlag von Prof. Paul Kirchhof, wodurch von mehr als 33 000 Steuerparagrafen nur etwa 146 übrig bleiben würden. Die Abschaffung nahezu aller Ausnahmetatbestände und die Einführung von einheitlichen Steuersätzen bei Einkommen-, Umsatz- und Erbschaftsteuer sind nach meiner Überzeugung der einzig gangbare Weg zu einem Steuerrecht, welches den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft entspricht und sich endlich von dem Irrglauben verabschiedet, das Steuerrecht sei dazu da, alle gesellschaftlichen und politischen Probleme zu lösen.

3. Die Finanzmarktkrise und die aus ihr folgende Weltwirtschaftskrise haben eines deutlich gemacht: Die Abhängigkeit voneinander ist in einer globalisierten Wirtschaft inzwischen so groß, dass Spielregeln auf nationaler, selbst auf europäischer Ebene längst nicht mehr ausreichen. Dieser Irrglaube, man könne hier weiterhin nebeneinander herleben, ist eine der Ursachen für die Krise. Es wäre aber ganz falsch, die Krise auf ein Scheitern der Sozialen Marktwirtschaft zurückzuführen, wie dies leider viele Mitbürger tun. Die Kommission »Zukunft Soziale Marktwirtschaft« hat dazu in großer Klarheit und Übereinstimmung aller Kommissionsmitglieder festgestellt:

*»Nicht die Soziale Marktwirtschaft ist in der Krise. Die Krise geht auf das Fehlverhalten einer ganzen Reihe von Systemakteuren zurück. Sie haben sich nicht an die Spielregeln der Sozialen Marktwirtschaft gehalten. Im Mittelpunkt des Versagens steht ein Finanzsystem, in dem Haftung und Risikobewusstsein minimiert wurden.«*

Dem ist nur noch hinzuzufügen, dass auch massives Versagen staatlicher Institutionen, wie zum Beispiel der Banken- und Finanzmarktaufsicht, und eine falsch verstandene Deregulierung in den USA wesentlich zum Zusammenbruch der Finanzmärkte beigetragen haben.

Hier müssen die Lehren erst noch vollständig gezogen werden, und zwar nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Es muss gelingen, eine internationale Finanzmarktarchitektur zu entwickeln, welche alle Märkte und alle Akteure in die Regulierung einbezieht, gleiche Maßstäbe für Transparenz und Eigenkapitalunterlegung durchsetzt und auch dafür sorgt, dass Haftung und Haftung wieder besser in Einklang gebracht werden.

»Too big to fail« – darf nie wieder zur Richtschnur von Notmaßnahmen zur Rettung von Banken werden. Stattdessen müssen weltweit Maßnahmen zur Sicherung des Finanzwesens umgesetzt werden, die ein geordnetes Scheitern und auch eine Abwicklung von Banken ermöglichen, ohne dass die Allgemeinheit der Steuerzahler dafür aufkommen muss.

Leider ist festzustellen, dass die USA und Großbritannien in wesentlichen Punkten (Eigenkapitalanforderungen, Transparenz und Haftung) immer noch nicht zu einheitlichen Standards bereit sind.

4. Auch in der Schuldenkrise innerhalb der Europäischen Währungsunion weist die Soziale Marktwirtschaft den Weg zur Besserung. Schuldenabbau, keine Hilfe ohne Gegenleistung und Reformen, weniger Staat und mehr Eigeninitiative – das alles sind keine bequemen, aber unausweichliche Schritte, die viele unserer Nachbarn noch gehen müssen, wenn Europa und der Euro nicht auseinanderbrechen sollen. Auch hier gilt: Nicht die Soziale Marktwirtschaft hat Europa



in diese Situation gebracht, sondern die nachhaltigen, zum Teil vorsätzlichen Verstöße gegen die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, zu denen insbesondere auch die Stabilität der Währung gehört. Unter dem bezeichnenden Titel »Gute Sozialpolitik erfordert Währungsstabilität« sagt Ludwig Erhard dazu:

*»Es ist ein grandioser Irrtum, wenn ein Volk oder ein Staat glaubt, eine inflationistische Politik einleiten und betreiben, sich aber gleichzeitig gegen deren Folgen absichern zu können. Dies kommt dem Versuch gleich, sich an den eigenen Haaren hochheben zu wollen.«*

Das sind geradezu prophetische Worte, wobei Erhard sich sicher nicht hat vorstellen können, dass eine solche Entwicklung auch noch innerhalb ein und desselben Währungsgebiets mehrerer Staaten eintreten könnte.

Auch hier gilt: Es ist die Soziale Marktwirtschaft, die den sehr beschwerlichen, dornigen und risikoreichen, aber einzig gangbaren Weg aus der Krise in Europa weist. Dabei muss bei den Fragen der Bankenunion und der Ausgestaltung der Hilfsmaßnahmen dringend darauf geachtet werden, dass weder direkt noch durch die Hintertür eine Vergemeinschaftung der Schulden erfolgt und damit die Haftung und Verantwortung der einzelnen Staaten aufgegeben wird.

Noch ein Wort zur »Internationalisierung«. Die Vordenker und Begründer der Sozialen Marktwirtschaft haben natürlich zu allererst von der besonderen deutschen Situation aus gedacht. Es ging darum, wie Bundespräsident Gauck es formuliert hat, »die Deutschen mit Marktwirtschaft und Wettbewerb zu befreunden.«

Aber sie haben von Anfang an auch international gedacht und geforscht, insbesondere die Emigranten unter ihnen. Dieser Aspekt des weltweiten Verständnisses einer wert gebundenen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gewinnt nicht nur vor dem Hintergrund von Finanzmarkt-, Währungs- und Schuldenkrisen an Bedeutung, sondern auch angesichts der Transformationsprozesse in wirtschaftlich starken, aber demokratisch noch rückständigen Gesellschaften. So ist China heute ein Land, welches wirtschaftlich viel stärker nach einem »Laissez-faire«-Kapitalismus alter Prägung ausgerichtet ist als Europa und sogar weit stärker als die USA. In den Sozialversicherungssystemen, bei der Gesundheitsversorgung und beim Umweltschutz sucht China einen Weg, den wachsenden Wohlstand der Bevölkerung mit modernen Standards zu verbinden. Gleichzeitig wird der Wunsch der Bevölkerung nach politischer Partizipation und gesellschaftlicher Freiheit immer drängender, ohne dass das bestehende autokratische Machtsystem bisher eine angemessene Antwort darauf gefunden hat. Für ein solches Land im Umbruch kann die Soziale Marktwirtschaft, die ja schon immer mehr war, als

eine reine Wirtschaftsordnung, genauso den Weg in eine demokratischere und sozialere Zukunft weisen, wie dies für Europa nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen ist.

Es bleiben zum Schluss noch zwei Fragen:

- 1) Wem gehört die Soziale Marktwirtschaft heute?
- 2) Ist die Soziale Marktwirtschaft noch sozial?

Zu 1) Bisweilen wird gefragt, wem die Soziale Marktwirtschaft heute gehört. In der Ausgabe des Handelsblatts vom vergangenen Wochenende wird schon gefragt: »Sind die Linken die besseren Wirtschaftsversther?« Und tatsächlich schickt sich die Ex-Kommunistin und Vordenkerin der Linken, Sahra Wagenknecht, an, Erhards »Wohlstand für alle« für sich zu beanspruchen. Woher kommt diese Wandlung? Nach dem parlamentarischen Aus der FDP fehlt eine politische Kraft, um die Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft politisch und vor allem parlamentarisch zu verteidigen. Die Union, die selbst ernannte Partei Ludwig Erhards, hat ihren Reformeifer, der noch im letzten Jahrzehnt charakteristisch war, längst aufgegeben. Auch der marktwirtschaftliche Flügel, auf den die Partei einst sehr stolz war, ist inzwischen auf eine vernachlässigbare Restgröße zusammengeschrumpft. Dieses Vakuum wird nun offenbar von anderen Gruppierungen gefüllt. Warum bekennt sich ausgerechnet die Linke Wagenknecht zum Ordoliberalismus? Es ist eben eine Marktlücke, die Frau Wagenknecht entdeckt hat und nun scheinbar erfolgreich vermarktet. Dass das Programm der »Linken« nur so von planwirtschaftlichen Elementen wimmelt und das Gegenteil von Sozialer Marktwirtschaft ist, wird dabei ausgeblendet. Es ist deshalb dringend notwendig, Grundlagen und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft immer wieder deutlich zu machen und sie nicht der Beliebigkeit von politischen Erbschleichern preiszugeben.

Zu 2.) In der zurückliegenden Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat sich die Soziale Marktwirtschaft als das stabilste System innerhalb der Industriestaaten erwiesen. Kaum ein Land hat sich so schnell von der Krise erholt und zurück auf den Wachstumspfad gefunden wie Deutschland. Man kann es auch so ausdrücken: Nach dem Scheitern des planwirtschaftlichen Experiments des Sozialismus Ende der 1980er Jahre hat die Finanzmarktkrise vor fünf Jahren die Perversions eines schranken- und verantwortungslosen Kapitalismus gezeigt. Ungezähmte Gier und egoistische Rücksichtslosigkeit, wie sie bisweilen an den Finanzmärkten anzutreffen waren, haben mit der Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft, mit den Prinzipien von Freiheit und Verantwortung, nichts gemein. Die Soziale Marktwirtschaft lebt von einer Kultur der Mäßigung und von einer nachhaltigen Ausrichtung.

Nach der Krise haben viele Staaten Elemente der Sozialen Marktwirtschaft adaptiert, so etwa die Tarifpartnerschaft. Auch das Bekenntnis zum Mittelstand und zur Industrie als

Pfeiler der Sozialen Marktwirtschaft wird von vielen anderen Staaten heute gerne übernommen. Manche sprachen in der Krise gar von einer »industriellen Renaissance«. Es sind gerade die mittelständischen und familiengeführten Unternehmen, die die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft täglich vorleben, die Verantwortung für ihre Mitarbeiter, ihre Region und die Zukunft des Landes übernehmen. Zugleich behaupten sie sich, oftmals als Marktführer oder »hidden champions« in ihrem Segment erfolgreich auf den globalen Märkten.

Auch die großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen

- Abbau der enormen Staatsverschuldung,
- Gestaltung gesellschaftlicher Veränderungen wie z.B. des demographischen Wandels,
- Schutz der Umwelt,
- Energiewende und
- Globalisierung (Globalisierung als Chance begreifen, Warnung vor zunehmendem Protektionismus)

lassen sich nur nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft bewältigen, wenn Demokratie und Wohlstand, Freiheit und sozialer Ausgleich im Gleichgewicht bleiben sollen.

Im internationalen Vergleich, aber auch in Anbetracht unserer eigenen Geschichte und der Ergebnisse von 65 Jahren Sozialer Marktwirtschaft, ist Deutschland heute ein besseres, ein sozialeres Land. Dieser Prozess ist aber dynamisch und muss immer wieder aufs neu gestaltet und austariert, Wettbewerbspositionen müssen immer wieder errungen und verteidigt werden. Wenn wir uns auf diese Grundlagen unseres Erfolges besinnen und uns den Mut zu Veränderungen und zu Neuem bewahren, dann bleibt die Soziale Marktwirtschaft mit den Worten von Walter Eucken »eine Wirtschafts- und Sozialordnung, die wirtschaftliche Leistung und menschenwürdige Daseinsbedingungen gleichermaßen gewährleistet.« Und deshalb lautet die Antwort auf die Frage meines Themas:

»Ja, die Marktwirtschaft ist noch sozial«, und sie wird es in noch größerem Maße sein, wenn wir ihre Prinzipien ernst nehmen und mit Mut und Voraussicht danach handeln.